

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt,
der Aemter Rhede, Dingden, Lieden und Werth

Bezugspreis:

durch unsere Geschäftsstelle monatlich 50 Bfg., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 1.50, durch die Postboten ins Haus gebracht M. 1.92. — Erscheint täglich ausser der Sonn- und Feiertage.

Geschäftsstellen: Bocholt, Nordstr. 27 (Kernspieder Nr. 92), Rhede, F. G. Dams. Anholt, Leo Ermer.

42. Jahrgang.

verbunden mit

Anzeigenpreis:

Für Einzelexemplare die Zeitungs- oder deren Raum 10 Bfg., für Auswärtige 15 Bfg. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 50 Bfg. Bei Wiederholungen entfallen die ersten 25 Bfg. Bei Klage- und Erhebungsanzeigen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachm.

Wöchentlich zwei Gratis-Beilagen.

Organ der Zentrumsparthei.

Nr. 290

Montag, 15. Dezember 1913.

Nr. 290

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. Dezember.

Die Genehmigung der Strafverfolgung gegen die Abgeordneten Thiele (S.), Hofmann-Rudolfstadt (S.) und Wendel (S.) wird verweigert.

Die internationale Vereinbarung zur Bekämpfung der Pest, Cholera usw. wird in dritter Lesung ohne Debatte einstimmig angenommen.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung (Nachtragsetzungen wegen Beteiligung des Deutschen Reiches an der Weltausstellung in San Francisco) führt Abg. Rapp (Mitt.) zur Geschäftsordnung aus, daß nach den Verhandlungen der Budgetkommission, nach der Erklärung der Regierungsvorrede u. mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Handelskammern ein Beschluß nicht gefaßt werden konnte, und daher dem Plenum die Zustimmung zur Vorlage nicht empfohlen werden könne.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Bei früheren Ausstellungen standen uns mindestens 18 Monate zur Vorbereitung zur Verfügung, und dies war der knappste Termin. Für San Francisco stehen uns aber, da die Eröffnung für den 15. Februar 1915 festgelegt wird, nur 14 Monate zur Verfügung. Diese Zeit reicht nicht aus, schon der Transport der Ausstellungsgegenstände, der ein Plan für die deutsche Ausstellung fehlt, und ein architektonischer Entwurf schwer möglich ist, da noch nicht einmal die Platzfrage gelöst ist. Der Betrag von zwei Millionen Mark würde auch bei weitem nicht ausreichen. (Hört, hört! rechts.) Es ist nicht mehr möglich, eine Ausstellung herzustellen, die Deutschland gerade in Amerika, wo besonders hohe Anforderungen gestellt werden, zum Ruhme und zur Ehre gereichen kann. Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist jeder Betrag in den Stillen Ocean geworfen. (Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß der Antrag zurückgezogen worden ist.

Darauf wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.): In der Debatte über Zäbren wurden wir leider vom Worte abgeschnitten, wir wollten unsere schärfste Mißbilligung über die Vorgänge ausdrücken. Diesen Standpunkt haben wir bis heute nicht verlassen. Schimpereien und besonders landsmannschaftliche Agereien sind beim Militär überall an der Tagesordnung. Ich bitte den Kriegsminister, dem entgegenzuwirken. Zu behaupten ist, daß bei den Vorgängen in Zäbren eine tendenziöse Berichterstattung in die Erscheinung getreten ist, und daß der Berichtungsapparat nicht richtig funktioniert. Dem Mißtrauensvotum haben wir nicht zugestimmt.

da wir prinzipiell nichts unterstützen, was zum parlamentarischen Regiment führen kann. Ueber die Unterstützung der Familien, in denen, wie es jetzt heißt, 6 Militärdienstjahre absolviert werden, muß die Kommission Klarheit schaffen. Notwendig ist ein besserer Schutz der persönlichen Ehre gegen Beleidigungen durch die Presse. Ferner muß dahin gestrebt werden, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Terrorismus, den Koalitionszwang, sowie die Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu beseitigen. Die Sozialpolitik muß sich mehr der Frau annehmen und auch den Mittelstand mehr als bisher schützen.

Abg. Seyda (Volk): Es erfüllt uns mit Beschämung, daß der Reichsanwalt das Mißtrauensvotum als ein Nichts bezeichnen konnte. Die auswärtige Politik ist keineswegs so günstig, wie man sie schildert. Konfliktstoffe sind genügend vorhanden.

Abg. Alpers (Wirtsch.): Die Erklärung des Reichsanwalts, daß Kleinanzeigen nicht zum Gegenstand politischer Kompensationen gemacht werden soll, bezieht sich auf die deutschen Verhältnisse. Das Königreich Hannover ist infolge eines Krieges zu einer preussischen Provinz geworden. Es hat keinen Anlaß zum Krieg gegeben; deshalb war der Krieg ungerecht und auch die Annexion. Wir verlangen daher die Selbstständigkeit für das Königreich Hannover. Wir wollen gleichberechtigte deutsche Brüder sein. Der Herzog von Braunschweig hat den gegenwärtigen Bestands anerkannt. Darin liegt aber keine Anerkennung des Rechtszustandes. Darin liegt weder direkt noch indirekt ein Verzicht auf Hannover. (Hört, hört!) Daran halten auch wir fest. Der Kampf um die Wiederherstellung des Königreichs Hannover ist eine heilige, sittliche Pflicht. (Beifall und Unruhe.)

Abg. Dr. David (S.): Wir bezweifeln, daß die Mehrheit des hannoverschen Volkes eine Umgestaltung wünscht, wie der Vorredner. Den Küstungstreibern muß der Reichstag ein energisches Nein entgegenstellen. Der beste Weg, das Reich zu schützen, ist die internationale Verständigung. Die Bedrückungstheorie, die man gegen die Dänen, Polen und Estländer betreibt, verurteilen wir. Rußland gegenüber hat die Regierung einen moralischen Druck auszuüben, um die Greuel gegen politisch dort unbeliebte Männer zu beseitigen. Wir kämpfen nicht gegen den Kaiser, sondern für die politische Stellung des Volkes. Wir sind Vorkämpfer des politischen Rechts, aber nur auf Grund der Verfassung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsanwalt Dr. von Bethmann-Hollweg: Der Abg. Dr. David hat gesagt, daß eine Klage zwischen Offizieren und Mannschaften schon jetzt besteht. (Lebhafte Rufe bei den Sozialdemokraten.) Die

Rufe „Sehr richtig“ beweisen mir nur, daß die Herren von der sozialdemokratischen Fraktion in unserem Deere nicht Bescheid wissen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe, Zwischenrufe und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Es gibt wohl kein Heer in der Welt, in dem das vertrauensvolle und gute Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten so gepflegt wird, wie in dem deutschen. (Lebh. Zustimmung rechts. Gelächter und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wer das behauptet, macht die Augen nicht auf. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Lesen Sie in der Geschichte unserer Kriege nach, da werden Sie finden, daß es gerade dieser Zusammenhang zwischen der Mannschaft und dem Offizierskorps gewesen ist, der dem deutschen Heere die größte Stärke gegeben hat. (Lebh. Beifall rechts.) Haben Sie nicht in diesem Jahre gesehen, wie bei den alten Regimentsfesten, die gefeiert worden sind, die alten Soldaten zu Tausenden sich bei ihren Regimentern versammelt haben? (Lebh. Zustimmung rechts und in ihrem Regimente die Erinnerung an die große Zeit, die das Regiment erlebt hat, die Erinnerung an die eigene Soldatenzeit gefeiert haben. Wäre denn das möglich, wenn tatsächlich diese Klage bestünde? (Lebh. Beifall und „Sehr gut!“ rechts.) Ich habe es für sehr falsch und für sehr verhängnisvoll, wenn in dieser Weise von den Sozialdemokraten versucht wird, Unfrieden in das innere Gefüge unserer Armee zu bringen. (Lebh. Zustimmung rechts. Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Sie haben damit auch kein Glück. Der gesunde Sinn unseres Heeres wird es genügend einschätzen wissen, wie in dieser Weise hier die Dinge in das gerade Gegenteil verkehrt werden. Bei der gestrigen Rede des Abg. Erberger war ich nicht anwesend. Ich habe sie erst heute in den Zeitungen gelesen. Ich bewundere aufrichtig, daß die Ausführungen des Herrn Erberger mich so sehr an meine Stellung in der Zäbren Angelegenheit noch einmal zurückzuführen. Der Abg. Erberger hat gestern erklärt, daß seine Fraktion dem Mißtrauensvotum zugestimmt habe, weil — darauf liefen die Ausführungen hinaus — ich statt Recht und Gerechtigkeit zu schütten, ungelegte Gewalt beschönigt u. verteidigt hätte. (Sehr richtig! links.) Der Interpellationsbeschluss sollte — das Wort ist gestern gefallen — ein politisches Urteil darstellen. Dieses Urteil konnte zunächst nur dahin gehen, daß bei uns Recht und Gerechtigkeit unter allen Umständen und selbstverständlich von den öffentlichen Gewalten in erster Linie gewahrt werden müssen, und daß, wo Rechtsverletzungen stattfinden, die Ehre nicht ausbleiben darf. Nun, meine Herren, wenn wir an das zurückdenken, was ich am Montag voriger Woche zum ersten Male über Zäbren sprach und dann am Mittwoch und Donnerstag

gesagt habe, so werden Sie finden, daß ich diesen Grundgedanken klar und wiederholt und nachdrücklich ausgesprochen habe. (Widerpruch.) Darin haben die Herren natürlich allesamt recht, ein Reichsanwalt, der diesen Satz ablehnt, müßte natürlich sofort von seinem Platte verschwinden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Na also!“) Wenn dieses Recht, von dem ich gesprochen habe, verletzt worden ist, muß es seine Ehre finden, und zwar, worauf ich wiederholt hingewiesen habe, im Rechtsstaate in einem geordneten, rechtlichen Verfahren. Dieses rechtliche Verfahren ist in der Zäbren Angelegenheit eingeleitet worden und, meine Herren, habe ich mich etwa diesem Verfahren widersetzt? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Nein!“) Ich habe gleich am ersten Tage der Interpellationsdebatte für die Armee das Recht vindiziert, sich gegen direkte Angriffe zu wehren. Das ist geordnetes Recht! Meine Herren, ich habe das weitere ausdrücklich gesagt, daß von einem gewissen Zeitpunkte ab die militärischen Maßnahmen, soweit die Unterordnung bisher geführt worden ist, eine Ueberschreitung der gesetzlichen Schranken bedeuten. Wo bleibt da noch der Vorwurf, daß ich das Recht nicht gegen Ueberschreitungen in Schutz genommen habe? Der Abg. Erberger hat fernerhin meinen Hinweis auf die Verschleppung der Motive und der Ziele des Interpellationsbeschlusses nicht gelten lassen. Der Abg. Erberger hat dabei vollkommen übersehen, daß ich mich, als ich dieses Wort sagte, nicht gegen die bürgerlichen Parteien gewendet habe, sondern gegen die Tendenz der sozialdemokratischen Fraktion, aus den Zäbren Vorgängen den Anlaß zu einem Sturmlauf gegen die Verfassung und gegen die kaiserlichen Rechte heraufzuleiten. Glauben Sie nicht, daß ich die sachlichen Motive verkenne, aber die Empfindungen nicht würdige, mit denen von bürgerlicher Seite (Zuruf und Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Der mutige Kämpfer!“) in der Sorge um Recht und Gesetz (erneutes Gelächter und Rufe „Aha!“ bei den Sozialdemokraten.) hier Ausführungen gemacht worden sind. Diese Motive und diese Empfindungen verkenne ich keineswegs. Aber umso mehr habe ich das Recht, die Behauptung, daß ich das Recht nicht beschützt hätte, daß ich den Respekt vor dem Gesetze nicht erwähnt hätte, als eine Umkehrung des wirklichen Sachverhaltes hinzustellen, gegen die ich hiermit entschieden Verwahrung einlege.

Abg. Hoff (Frl. Bp.): Den Ausführungen meiner Parteifreunde habe ich nichts hinzuzufügen. Ich konstatiere aber, daß der Reichsanwalt das Wort nicht auf die leichte Schulter genommen hat, wie es zuerst auslief, und darum will ich mich darüber nicht äußern. Abg. Bloss (S.): In Braunschweig ist die große Masse der Bevölkerung keineswegs so sehr von der Re-

Sanna Rutlands Ehe.

Roman von F. Courths-Mahler.

24. (Nachdruck verboten.)

„Was soll mir eine Zukunft, in der ich dich nicht finde!“ rief sie schmerzvoll und halb erstickt.

Es ging wie ein Ruck durch seine Gestalt. Diese Worte erfüllten seine Seele mit einem frohen Hoffen. Das war mehr als leerer Schall. Er fühlte, in diesen Worten lag das Gefühl starker Zusammengehörigkeit. „So laß uns hoffen auf eine gemeinsame Zukunft, in der es keine Trennung mehr geben wird,“ sagte er bewegt.

Die Angst gab ihr noch mehr Mut. „Darf ich dich jetzt nicht begleiten?“

Er rief sich von ihrem Anblick los und trat zurück. „Nein — Du mußt hier bleiben — mußt noch viel lernen, während ich fort bin. Wenn ich heimkomme, wirst Du dich inzwischen hier eingelebt und den Verhältnissen angepaßt haben. Nicht wahr — Du wirst fleißig und vernünftig sein?“

„Es ist Zeit zum Frühstücken, Werner, sonst kommst Du zu spät zum Bahnhof.“

Werner legte mit warmem Druck Sannas Hand auf seinen Arm.

„Komm, Sanna!“

Gleich nach dem Frühstück fuhren sie zum Bahnhof. Seraphine ließ das junge Paar nicht einen Augenblick mehr allein. So kam es zu einem ruhigen, gemessenen Abschied. Werner küßte den Damen die Hand und im letzten Augenblick noch Sannas Stirn.

Der Zug fuhr ab. Die beiden Gatten blickten sich lange und unverwandt in die Augen. Dieser letzte Blick erfüllte Werner mit froher Hoffnung und Sanna mit einem unruhigen, zweifelnden Sehnen.

Wie Klei waren ihre Füße, so schwer lösten sie sich vom Boden. Stumm und elend im Herzen schritt

sie neben Tante Phine durch das Bahnhofsgelände zu dem harrennden Wagen. In dem Augenblick aber, da sie hinter der alten Dame einsteigen wollte, kam eine elegante, vierköpfige Equipage angefahren. Sie hielt dicht neben dem Rutlands Wagen. Der Schlag wurde geöffnet und Räte Verhagen sprang heraus.

„Glücklich abgehakt!“ rief sie Sanna lachend zu, und machte eine ironisch tiefe Verbeugung vor Tante Phine, die sehr ärgerlich war und den Gruß steif erwiderte. „Ich will dich nämlich entführen, damit Du Deinem Trennungsschmerz nicht allein überlassen bist.“

„Sei vergessen, daß ich in Sannas Gesellschaft bin.“ Frau Verhagen, bemerkte Tante Phine lachend, während Sannas Gesicht wie neu belebt an Rates schönen, freundlichen Zügen hing.

„O nein, verzeih mir gnädiges Fräulein — wer würde sich erlauben, Sie zu vergessen. Aber ich bin eben Frau Geheimrat Papperitz begegnet, die auf dem Wege zu Ihnen war. Sie werden sie sicher dabei antreffen. Und da wäre doch meine kleine Sanna sich selbst überlassen. Also komm, Sanna — mache dem gnädigen Fräulein eine Reverenz — adieu gnädiges Fräulein — auf baldiges Wiedersehen — ich komme vielleicht schon morgen in das Rutlands Haus, um Sanna Gesellschaft zu leisten.“

So sprudelte sie lustig hervor. Sanna befiel kaum Zeit, sich von Tante Phine zu verabschieden. Räte sog sie mit zu ihrem Wagen. Noch einen ängstlichen Blick warf Sanna in Tante Phines verstärktes Gesicht. Dann lag sie mit einem warmen, geborgenen Gefühl neben Räte im Wagen.

„So, mein Schatz — für diesmal habe ich dich glücklich losgeleitet — ich hätte es ja nicht übers Herz gebracht, dich heute mit Tante Phine allein zu lassen.“

Ärztlich legte sie den Arm um die junge Freundin und ihre traurigen Augen betrachtend, fuhr sie leise, mit warmem Ausdruck fort:

„Jetzt weine dich nur erst aus, Sanna, ich weiß, du sehnst dich danach.“

Und da barg Sanna schluchzend das Gesicht an Rates Brust.

Eines Tages, es war mehr als ein Vierteljahr seit Werners Abreise vergangen — kam Räte zu ungewohnter Zeit, Sanna zu besuchen. Sie suchte die junge Frau immer in ihren Zimmern auf, wenn sie ein Stündchen mit ihr zu plaudern wünschte. Als sie, dem Diener, der sie melden wollte, freundlich aber bestimmt abwinkend, die Treppe hinaufstieg, kam ihr von oben Tante Phine entgegen.

Räte begrüßte sie in der vergnügt ironischen Art, die sie immer für „Fürstin Seraphine“ hatte, und sie wollte an ihr vorbeigehen. Diese hielt sie jedoch mit einem etwas unsicheren Gesicht zurück und sagte ihr, es sei besser, wenn sie Sanna nicht besuche, da dieselbe nicht recht wohl sei. Etwas in Seraphines Gesicht machte Räte ruhig.

„Ei, so muß ich sie erst recht besuchen und sie ein wenig zerstreuen.“

Tante Phine machte ein ungemein impertinentes Gesicht.

„Sie haben immer sehr starke Nerven gehabt, Frau Verhagen, und können sich vielleicht nicht denken, daß jartbehaftete Naturen allein zu sein wünschen, wenn sie krank sind.“

Räte nickte vergnügt.

„Gott sei Dank! — meine Nerven sind noch genau so robust wie früher, gnädiges Fräulein, und Sanna ist garlos auch ein unverwundliches Naturkind, dem der Begriff „sensitive Nerven“ vollständig abgeht. Ich werde mit Ihnen, daß sie sich freut, mich zu sehen.“

Tante Phine warf einen giftigen Blick in das schöne Fräulein und suchte nach einem neuen Grund, Räte zum Rückzug zu bewegen. Diese schritt aber mit elastischen Bewegungen die Treppe hinauf und machte von oben eine äußerst höfliche Verbeugung.

Räte fand Sanna in Tränen. Bestürzt nahm sie die junge Frau in ihre Arme.

„Reinchen — was ist dir denn? Bist du wirklich krank oder hat Fürstin Seraphine dir etwas zuleide getan?“

„Nein — krank bin ich nicht!“ antwortete Sanna, sich mühsam fassend.

Räte ballte zornig die Hand.

„Also hat sie dir was getan?“

„Nein, nein,“ wehrte Sanna vorlegen ab. Räte schloß sich zu ihr und sah sie forschend an.

„Du lehrt mich doch Tante Phine nicht kennen. Ihr Gesicht verrät mir nichts gutes und ein solches Gewissen hatte sie auch, sie wollte mich nicht zu dir lassen. Nun beschäme mal, Schatz, was hat es gegeben?“

„O, ich bin selbst schuld daran, Räte. Tante Phine hat ihre Not mit mir.“

„Ich habe wieder allerhand Verdröse gegen den guten Ton begangen, vor allem bin ich nicht ehrerbietig genug gegen Frau Geheimrat Papperitz gewesen. Wirklich, Tante Phine hat recht, mich zu schellen.“

Räte nahm Sanna lachend in die Arme.

„Ach, du törichtes Kind, wie kannst du über eine Moralpauke von Tante Phine weinen! Laß sie doch reden und weine dir nicht die Augen aus. Solche Leute wie sie darf man nur humoristisch nehmen. Dein Mann tut das auch, das weiß ich.“

Sanna seufzte und trocknete sich die Tränen. „Aber Räte, sie hat doch recht, wenn sie mich schilt, das ist das Schlimmste. Ich kann und kann nicht gegen Menschen lebenswütig sein, wenn mich mein Herz nicht dazu drängt. Und — ich will dich nur sehen — die Geheimrätin ist mir so schrecklich unheimlich, und der Geheimrat — der ist mir geradezu verhaßt — ja — so schlecht bin ich.“

„Ach was, er ist ein würdevoller Edel und sie eine falsche heuchlerische Person. Es spricht nur für dein gesundes und lauterer Empfinden, wenn du solche Menschen nicht leiden magst. Mir sind sie auch unheimlich, und ich gehe ihnen aus dem Wege, so weit ich kann.“

Sanna seufzte.

„Das möchte ich auch tun.“

„Nun — so tue es doch.“

„Das geht ja leider nicht. Sie sind ja täglich hier im Hause, um Tante Phine zu besuchen.“

„Nun, so überlasse sie doch ihrer Frauenfreundschaft, du brauchst sie doch nicht zu empfangen, wenn sie dir lästig sind.“

Fortsetzung folgt.

gebung der braunschweigischen Frage erbaut, wie die
gar Kammernherren. Mit der Legitimität in der
braunschweigischen Frage ist es eine eigene Sache. Wir
pragmatisieren gegen die uns aufgeheirateten Kinder.
Hr. Erzbischof (Hr.) Ich behaupte, daß der
Reichstanzler gegen meine Rede nicht gehört hat, denn
ich hätte zu keine Ausführungen gegen meine Rede
nicht machen können. Der Reichstanzler hat in den
Forderungen seiner Rede gestimmt, daß er dafür Ver-
ständnis hat, daß er von den bürgerlichen Parteien ein
Mißtrauensvotum bekommen habe. Dafür bin ich dem
Reichstanzler dankbar. Dann aber hat der Reichs-
kanzler erklärt, daß meine Ausführungen dahingingen,
daß das Zentrum dem Mißtrauensvotum zugestimmt
hätte, weil der Reichstanzler hat Recht und Gesetz zu
schützen, ungesetzliche Handlungen beschönigt und ver-
schleierte hätte. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich ge-
heim aus der Rede des Reichstanzlers die Stelle ver-
lesen habe, nach der der Reichstanzler das Vorgehen
des Obersten in Bayern für vollkommen verständlich be-
zeichnet, und das Militär, wenn es nicht genügenden
Schutz findet, über die zulässige Notwehr hinausgehen
dürfe und der Kopf des Königs unter allen Umständen
respektiert werden müsse. Dann habe ich hinzugefügt:
Wir vermissen aber, daß im vorliegenden Falle der
Reichstanzler sich nicht die Auffassungen unsers Prä-
sidentenkollegen Lehmann zu eigen gemacht hat, daß
auch das Militär dem Recht und Gesetz unterliege. Ich
habe dem Reichstanzler nicht vorgeworfen, wie er aus-
geführt hat, daß er ungesetzliche Handlungen beschönigt
und verteidigt hätte, sondern ich habe ausgeführt, daß
was ganz besonders zu bedauern ist, durch die Darle-
gungen des Reichstanzlers das Vertrauen zu ihm als
dem obersten Schutzherrn des Gesetzes erschüttert wor-
den sei, und daß er in dem Momente verlagert wor-
den sei. Und wenn diese Verlegung eingetreten sei, dann
sei das Mißtrauen zu verstehen. Wenn also der Reichs-
kanzler diese Behauptung hier aufgestellt und zurück-
gewiesen hat, als ob ich gesagt hätte, der Reichstanzler
würde das Recht nicht schützen, so ist das nicht richtig,
sondern ich habe gesagt, der Reichstanzler hat in die-
sem Punkte das Rechte verlagert. Das habe ich auch auf-
gezeigt. (Bravo!)

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Kopsch (f. Sp.)
und Dr. Dertel (konf.) schließt die Besprechung.
Der Etat wird an die Budgetkommission verwiesen.
Es folgt die sozialdemokratische Interpellation we-
gen der Befehle der Kommission zur Prüfung der Rü-
stungsleistungen.

Spatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur so-
fortigen Beantwortung bereit.

Hr. Ledebour (f.): Die Einsetzung der Kom-
mission ist auf die gerichtliche Aufdeckung der Korruption
bei den Rüstungsleistungen zurückzuführen. Gerade
der Abg. Liebknecht hat durch seine Enthüllungen den
Stein ins Rollen gebracht. Wir hatten fest geglaubt,
er würde sich vielleicht damit den Ruten der Oberen
vieler Klasse verdienen. (Große Heiterkeit.) Nachdem
nach anfänglichen Bedenken die Regierung dem Wun-
sche der Parteien gefolgt war, schlug unsere Partei die
Abgg. Kopsch und Dr. Liebknecht vor. Dr. Liebknecht
wurde von der Regierung abgelehnt, weil er voreinge-
nommen sei und in der Öffentlichkeit eine pronon-
cierte Stellung einnehme. Schließlich sollte Liebknecht
als Sachverständiger hinzugezogen werden. Ein Sach-
verständiger kann aber so viel und so wenig gehört
werden, wie die Regierung will. In der Presse ist be-
hauptet worden, Liebknecht sei wegen Landesverrats
verurteilt worden. Das ist erlogen. Er ist nur wegen
Verbreitung eines hochverräterischen Unternehmens
mit Festungshaft bestraft worden. Wir lehnten es
schließlich ab, uns überhaupt an der Kommission zu be-
teiligen. Die Parteien sollten sich auch in dieser An-
gelegenheit auf unsere Seite stellen, um ein Recht des
Reichstages zu verteidigen. (Beifall bei den Sozial-
demokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Interpellation
erregt einen Widerspruch zwischen meiner Erklärung
vom 23. 4. im Auftrag des Reichstanzlers und der
Nichtüberzeugung des Abg. Liebknecht in die Rüstungs-
kommission. Ein solcher Widerspruch besteht nicht. Ich
setzte damals auseinander, daß ich gesagt hätte, daß bei
einer solchen Kommission dem Reichstage ein Mitbe-
stimmungsrecht eingeräumt werde, daß er an der Wahl
der Mitglieder teilnehme. Es lag mir daran, diejen-
igen Herren zu gewinnen, die in Heer- und Marine-
angelegenheiten besonders orientiert sind. Aus diesem Grunde ha-
be ich von der sozialdemokratischen Fraktion die Her-
ren Dr. Süßmann und Kopsch für besonders geeignet ge-
halten. Darauf erhielt ich die Mitteilung, daß die
Fraktion die Herren Dr. Süßmann und Dr. Liebk-
necht in Vorschlag bringe. Da der Kommission
auch andere Herren angehören sollten, die nicht dem
Hause angehören, hielt ich den Abg. Dr. Liebknecht nicht
für geeignet, da er eine so prononcierte Stellung in
der Frage einnehme. Nach den Darlegungen des Abg.
Ledebour stehe ich aber nicht mehr einem Wunsche der
sozialdemokratischen Fraktion gegenüber, sondern einer
Forderung, die ich nicht anerkenne.

Hr. Ledebour ruft: Wortlaut! Der Präsident
ruft ihn zur Ordnung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Darauf wurde der
Vorschlag gemacht, den Abg. Liebknecht als Sachver-
ständigen hinzuzunehmen. Die sozialdemokratische
Fraktion lehnte nun die Beteiligung ab. Ich muß
konstatieren, daß es sich bei der Kommission nur um
die Förderung der wirtschaftlichen Fragen
handelt. Wenn dabei auch andere Fragen,
wie ausländische Spionage und dergleichen erörtert
wurden, so mußte das weniger temperamentvoll ge-
schehen, als es hier im Abgeordnetenhaus der Abg.
Liebknecht nicht zum Nutzen des Vaterlandes getan hat.
Der Abg. Liebknecht hat diese Dinge zur Sprache ge-
bracht als die Verhandlungen schwebten. Er hat von
einem „Panama“ gesprochen, ein Ausdruck, der keines-
wegs gerecht war. Ich wollte den Abg. Liebknecht nicht
in der Kommission haben, dessen Äußerungen geeignet
war, Deutschlands Ansehen im Ausland zu schädigen.
(Beifall rechts, Zischen links.)

Auf Antrag des Abg. Haase (s.) wird in die
Besprechung eingetreten.

Hr. Schiffer-Magdeburg (ntf.): Nachdem ein-
mal der Reichstag auf den Boden des Schreibens des
Reichstanzlers getreten war, konnte der Reichstag nicht
mehr auf dem Rechte bestehen, die Mitglieder für die
Kommission selbst zu ernennen. Der Reichstanzler hat
somit das Recht, aus den vorgeschlagenen Mitgliedern
diejenigen auszuwählen, die ihm geeignet erscheinen.
Es ist wirklich rührend, wie die ganze große sozialde-

mokratische Fraktion einzig für Liebknecht eintritt, der
sie so heringeleitet hat. (Sehr richtig! bei der Mehr-
heit, Widerspruch links.) Die Vorwürfe, die der Abg.
Liebknecht hier mit großen Worten erhoben hat, haben
sich zum größten Teil als nicht stichhaltig erwiesen und
das Volk hat das selbst bestätigt. (Widerspruch bei den
Sozialdemokraten.) Wir sollten uns nicht immer gleich
ins Boßhorn jagen lassen, wenn irgend eine öffent-
liche Beschuldigung erhoben wird. Hoffentlich nimmt
der Abg. Liebknecht künftig den Mund nicht wieder
so voll. (Beifall und Heiterkeit.)

Hr. Götze (f. Sp.): Der Reichstag hat kein
formales Recht, die Befehle der Kommission zu be-
einflussen. Aber bei der Berufung der Mitglieder
sollten die Wünsche des Hauses berücksichtigt werden,
und es hätte nichts geschadet, wenn der Abg. Liebk-
necht ruhig der Kommission angehört hätte. Wir wün-
schen, daß nichts hinter verschlossenen Türen verhandelt
wird.

Hr. Freiherr von Camp (Rp.): Die Behand-
lung des früheren Direktors der Firma Krupp, Land-
rat a. D. Krüger, vor Gericht war ungerechtfertigt.
Vizepräsident Dr. Dore ermahnt den Redner, zur
Sache zu sprechen. Auf die Befehle der Rüstungskom-
mission will ich nicht eingehen.

Hr. Kopsch (Soz.): Wenn ein Teil der Volks-
vertretung in der Kommission überhaupt nicht vertre-
ten ist, muß es beim Volke von vornherein großes
Mißtrauen erregen. Es handelt sich hier nicht um die
Person des Abg. Liebknecht, sondern um ein Recht des
Reichstages. Wir sind überzeugt, daß Dr. Liebknecht
uns nicht hineingelegt, sondern sich ein ewiges Ver-
dienst erworben hat. Wir betrachten die Ablehnung
als eine offene Parteinarbeit der Regierung für die
kompromittierte Firma Krupp.

Nachträglich rügt der Präsident einige Ausdrücke
des Abg. Kopsch.

Tamit ist die Rednerliste erschöpft und die Tages-
ordnung erledigt.

Der Präsident wünscht den Abgeordneten frohes
Fest und gesunde Wiederkehr im neuen Jahre.

Nächste Sitzung Dienstag, 13. Januar, 2 Uhr. Ta-
gesordnung: Petitionen. — Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Deutschland.

Hanjabund und Mittelstand.

Ueber den Hanjabund und seine Stellung zum Mit-
telstande machte der Landtagsabg. Graf-Anklam am
Mittwochabend in einem Vortrage im Berliner Kon-
servativen Wahlverein einige interessante Mitteilun-
gen. Der Hanjabund habe sich zuerst für die Belei-
hung der Buchforderungen der Kleinverwerterbetriebe
ins Zeug gelegt; als aber einige Großbanken davon
nichts wissen wollten, habe er den Gedanken lang- und
klinglos fallen lassen. Dann habe er eine Forderung
des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, die staatliche
Unterstützung für die Beschaffung von Antriebs-
und Hilfsmaschinen im Handwerk, zu der seinigen ge-
macht. Aber auch damit sei der Bund bei dem Groß-
kapital böse angelangt. Nachdem sein Handwerks-
ausfluß einen dahingehenden Beschluß einstimmig ge-
faßt hatte, habe das Direktorium des Bundes die Forderung
des Bundes, der nationalliberale Abg. Frhr. v. Rieht-
hagen, gleichfalls auf die Seite des Großkapitals ge-
setzt, indem er im Detailausfluß des Bundes das
für eintrat, daß die Bildung der Betriebsgesellschaft
des Monopols ausschließlich der Deutschen Bank über-
tragen werde während bekanntlich alle mittelständischen
Organisationen unter Führung des Reichsdeutschen
Mittelstandsverbandes seit Jahresfrist fieberhaft dar-
für wirken, daß dem Kleinhandel ein Einfluß auf die
Finanzierung und Verwaltung des Monopols einge-
räumt werde. Diese Erfahrungen hätten denn auch
große Enttäuschungen in dem Bundes nahestehen-
den Mittelstandskreisen hervorgerufen. Sogar im
Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften ei-
ner im wesentlichen von liberalen Leuten geleiteten
Organisation, wolle man vom Hanjabund nichts mehr
wissen. Auf der letzten Tagung dieses Verbandes sei
im Geschäftsbericht ausgeprochen worden, daß sich der
Verband von der Mitgliedschaft zum Detailausfluß
des Hanjabundes für den Mittelstand immer
weniger verpflanze; man habe die Erfahrung machen
müssen, daß die Mehrheit der Mitglieder dieses Aus-
schusses in wichtigen Fragen des Kleinhandels eine
Stellung einnehme, die von der fast aller Detailisten-
Bereinigungen wesentlich abweiche.

Der Kampf um den „Dr. med. dent.“

Die Bewegung unter den Studierenden der Zahn-
heilkunde ging, wie der „Berl. Lokalan.“ mitteilt, von
einer Bestimmung der mit dem 1. Januar kommenden
Jahres in Kraft tretenden Zahnärztlichen Berufsordnung
aus, die die staatliche Prüfung auf der Zahnärztlichen
Fakultät geben, die als „staatlich approbiert“ sich be-
zeichnen dürfen. Die Zahnärzte und ihre angehenden
Kollegen beklagten nun, daß durch den Zusatz „staatlich
approbiert“ für das große Publikum die Unterschei-
dungsmerkmale, die zwischen Zahnarzt und Dentist
bisher bestanden, so gut wie verwischt werden, und sie
verlangten daher, daß durch den Titel „Dr. med. dent.“
eine sichtbare, scharfe Grenze zwischen ihnen und den
Zahnheilkundigen gezogen werde. In der Versammlung
am Donnerstag in Berlin wurde auch behauptet, daß
man alle Urteile hatte, mit der Erfüllung dieses Wun-
sches nicht bloß in Preußen, sondern auch in allen an-
deren Bundesstaaten zu rechnen. Um so größer sei die
Enttäuschung. Nicht leere Titelstucht habe die Bewe-
gung entfacht, sondern die wirtschaftliche Existenzfrage.
Der geplante Streik febre seine Spitze auf keineswegs
natürlich auch strengster Neutralität sich beschränken
müßten, dennoch eine Regierung der Hörer nicht in
Anwendung bringen dürfen. Es wurde schließlich eine
Kommission gewählt, die das Kultusministerium
über die Wünsche der Studierenden unterrichten und
die weiteren Maßnahmen treffen soll. In Berlin kom-
men etwa 120 Studierende in Betracht. In der Ver-
sammlung befanden sich auch viele praktische Zahnärzte,
die so ihrer Sympathie mit dem Vorgehen der ange-
henden Kollegen Ausdruck gaben.

Unter Brüdern.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der gestrigen Rede des
fortschrittlichen Führers Dr. Wiemer, der Redner, der

sich mit einer Taschfabrik ins Benehmen setzen sollte,
Habe „mit unsagbar schmalzigem Pathos die Brille
zwischen Männerstolz vor Kanzlerstiefeln und Regie-
rungsformeln vor Züfelnbilden geschlagen“; er sei
„ein Schwamm, vollgeseugt mit den Tränen, die der
Freiwill über seine Hoffnungslosigkeit vergossen hat.“
— Bis zur nächsten „Dampfung“ werden aber alle diese
Zärtlichkeiten längst vergeben und vergessen sein.

Ausland.

Frankreich.

Zurückweisung des Anleihegeheimnisses.

* Paris, 12. Dez. Ueber die Zurückziehung des An-
leihegeheimnisses lag Finanzminister Caillaux in
der Kammer, die Regierung werde so schnell wie mög-
lich ein allgemeines Epöse über die Lage erstatten,
woraus sich die zu ergreifenden Maßnahmen ergeben
würden. Die Regierung beschloß, schon jetzt den An-
leihegeheimnis zurückzugeben, weil die Anleihe ge-
genwärtig besonders schwierig zu realisieren wäre und
weil die Regierung sich über die Bedingungen und den
Umfang der etwa notwendigen Finanzoperation noch
keine feste Meinung gebildet habe. Außerordentliche
Ausgaben seien gemacht worden, die vorgebrachten
Ziffern müßten gründlich geprüft werden; sobald sie
festgestellt worden seien, werde die Regierung entwerfen
zu einer in wenig Budgetjahren zu amortisierenden
Anleihe oder aber zu außerordentlichen Steuern ihre
Zukunft nehmen. Sobald die Regierung Beschlässe
gefaßt habe, werde er dieselben der Kammer mitteilen.
Die Regierung beabsichtige nicht, auswärtigen Anlei-
hen die Schleusen zu öffnen, behalte sich aber ihre volle
Freiheit vor und werde sobald wie möglich ihre Ab-
sichten darlegen. Schon jetzt könne er mitteilen, daß
er die Gesamtheit der zu verhandelnden Ausgaben oder
Rückstände durch Steuern auf das Kapital oder erwor-
benen Reichtum zu bedenken vorschlagen werde.

Als das bemerkenswerteste Ereignis der gestrigen
Kammer Sitzung wird vielfach das Eingreifen des frühe-
ren Ministerpräsidenten Briand hervorgerufen, der of-
fenkundig die Rolle eines Führers der Opposition an-
genommen hat.

Amerika.

Friedensrede des Staatssekretärs Bryan.

Staatssekretär Bryan hielt gestern in Newport eine
große Rede über die allgemeine Weltlage, in der er
sich als entschiedenen Anhänger des Weltfriedens be-
zeichnete. Der Staatssekretär erklärte:

Ein dauernder Friede sei die größte Errungen-
schaft unseres Zeitalters, und fügte hinzu, daß die
Vereinigten Staaten stets in der ersten Reihe der
Mächte stehen würden, die bestritten seien, den Welt-
frieden aufrecht zu erhalten. Sobald vorbereitete er
sich über die Vorkerkungen, die gegen den Krieg zu
treffen seien, und bezeichnete die Einstellung der
Schiffsrüstungen und obligatorische Schiedsgerichts-
verträge zwischen den Großmächten als notwendige
Maßnahmen hierfür. Der Staatssekretär schloß seine
Rede mit den Worten: Die Zeit wird kommen, in
der der Krieg von jeder einsichtigen Nation als Ver-
breiten der Barbarei angesehen wird.

Zur Lage in Mexiko.

Das Abgeordnetenhaus in Mexiko hat Huerta be-
sondere Machtbefugnisse für die Ministerien der Fi-
nanzen, des Krieges und des Innern erteilt. — Der
Kongreß in Mexiko hat vorgeschlagen die Aufnahme einer
internationalen Anleihe von 100 Millionen Pesos zu
fünf Prozent beschließen.

Nach einem Telegramm des New Yorker Blattes Sun
aus Mexiko haben die Insurgenten gestern Abend Tam-
pico eingenommen. Kontrabandier Fletcher hat ge-
stern nach Washington gemeldet, er habe die Führer
beider Parteien in Tampico davor gewarnt, den
Kampf in der Nähe der neutralen Zone oder wertvol-
len Besitzes von Ausländern stattfinden zu lassen.

Arzte und Krankenkassen.

Am 7. Dezember 1913 haben Geschäftsausschuß des
deutschen Ärztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat,
Vorstand und Vertrauensmännerverammlung des
Leipziger Ärzteverbandes in gemeinsamer Tagung
folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

Nachdem durch den Erlaß der preussischen Minister
für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des
Innern vom 2. Dezember 1913 zu den Beschläffen von
Vertretern der Bundesregierungen über den § 370 der
Rechtsversicherungsordnung die ärztliche Organisation
als „vertraglich gebundene Partei“ ausgeschlossen werden
soll, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig ver-
sammelten Vertretungen der ärztlichen Organisation
(Geschäftsausschuß des Ärztevereinsbundes, Aufsichtsrat,
Beirat, Vorstand und Vertrauensmänner des Leipzi-
ger Ärzteverbandes) für die einzig richtige Antwort,
nimmend in Preußen und allen Bundesstaaten, die den
preussischen Erlaß aufnehmen, alle ärztlichen Vertrags-
verhandlungen mit Krankenkassen abzubrechen.

Gegen den Erlaß der drei preussischen Minister vom
2. Dezember 1913 zum § 370 der Rechtsversicherungs-
ordnung und gegen die ablehnende Haltung der Raf-
senverbände zum ärztlichen Friedensvorschlag faßten
am 7. Dezember der Geschäftsausschuß des deutschen
Ärztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand u.
Vertrauensmännerverammlung des Leipziger Ver-
bandes die nachstehende Entschlußfassung:

Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereinsbun-
des, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand und Vertrauens-
männerverammlung des Leipziger Ärzteverbandes
stimmen den Worten, mit denen ihre Vorstehenden sich
zu Verhandlungen mit den großen Kassenverbänden
bereit erklärt haben, ausdrücklich zu und behaupten es
aufrichtig, daß durch das Verhalten des Reichsamtes
diese Verhandlungen vereitelt sind und damit die letz-
te Gelegenheit zur Beendigung des Kampfes vor dem
Eintreten des vertragslosen Zustandes verflucht ist.

Obwohl die Ärzte nunmehr zur Notwehr und zum
Kampfe gedrängt sind, erklären sie dennoch, daß sie ge-
wilt sind, die Gefahren nach Möglichkeit abzumildern,
die der am 1. Januar 1914 eintretende vertragslose
Zustand nicht nur für die Versicherten, sondern auch
für die Allgemeinheit mit sich bringen muß; sie erklä-
ren schon jetzt in den Beschläffen von Vertretern der
Bundesregierungen zum § 370 RVO., noch mehr in

dem Erlaß der preussischen Minister für Handel und
Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern vom 2.
Dezember 1913 eine durch nichts gerechtfertigte außer-
ordentlich bedenkliche Verschärfung dieser Gefahren. Es
läßt sich nicht voraussetzen, ob und wie weit es Ehre u.
Gewissen den Ärzten erlauben werden, neben den von
den Vertretern der Bundesregierungen als Kranken-
begutachter empfohlenen „Kassentrollkassen“, Ge-
meinde- und Kassenärzten, Arbeitgebern, Hebammen,
Schwestern oder anderen Personen von hinreichender
Zuverlässigkeit und Sachkunde überhaupt noch tätig zu
sein. Sollte auch dieses Beiseitegehen der Ärzte die
allgemeine Gesundheitspflege empfindlich notlei-
den, sollten dem zu spät erkannte und zu spät bekämp-
te Epidemien Krankheit und Leid über weite Bezirke
Deutschlands verbreitet werden, so trifft die Verant-
wortung dafür alle diejenigen, die den Kampf geführt,
Verhandlungen vereitelt und dem vertragslosen Zu-
stand diese unheilvolle Schärfe gegeben haben.

Gerichtssaal.

* Kitzberg, 11. Dez. Witwen- und Waisengel-
der für sozialdemokratische Parteizwecke! Erstauflage
Dinge ist kürzlich ein Beleidigungsprozeß von Königs-
berger Sozialdemokraten gegen den konservativen
Blätter „Kauerei aus Nichtenhagen bei Kitzberg“ i.
Pr. sei gestellt, der in seinem „Preussischen Volksfreund“
in mehreren Artikeln (die als Satire auf die sozial-
demokratische Volksbegleitung und darum auch im
Tone der Sozialdemokratie gehalten waren) den Ge-
nossen Diebstahl an Witwen- und Waisen vorgeworfen
hätte. Der Königsberger sozialdemokratische Verein
hat eine Sterbefälle, die eine Wohlfahrtsanstalt
ist. Diese Sterbefälle wird nur von den Mitgliedern
der Sterbefälle geleistet. Aus diesem Grunde ist es
schmerzhaft, daß bei Mehrreinnahmen — von „Ue-
berschüssen“ kann eigentlich nicht die Rede sein — auch
wieder die Beiträge herabgesetzt oder die Leistungen
zugunsten der Witwen und Waisen erhöht werden
müßten. Von der Sozialdemokratie hätte man das
nach ihren Theorien überhaupt gar nicht anders er-
warten sollen. Nun brachte der Beleidigungsprozeß
das höchst überraschende Ergebnis, daß die Königsber-
ger Genossen gar nicht daran gedacht haben, den Wit-
wen und Waisen die mißlich aufgetragenen vollen Ar-
beitsergebnisse zukommen zu lassen, sondern sie haben
Summen, die ihnen hätten zugute kommen können, ein-
fach aus der Sterbefälle hinüber in den sozialdemokra-
tischen Verein gebracht (und zwar seit Jahren), also
sie zur Bezahlung von Agitation und Agitatoren ge-
gen den Staat dienen müßten. Die Sache war sehr
schlau eingeleitet. Die Genossen hatten selber eine
Bestimmung in der Satzung der Sterbefälle gebracht,
wonach die sozialdemokratische Partei diese Witwen-
und Waisengelder schulden durfte! Damit entzogen
sie die Sterbefälle zugleich auch dem Aufsichtsrat. So
ist also die Entziehung von Geldern, die sonst Witwen
und Waisen zugute gekommen wären, zugunsten sozial-
demokratischer Parteizwecke, nicht mehr vom Straf-
richter zu beurteilen, sondern „nur“ noch moralisch von
der Arbeiterbevölkerung. Die letzten 1000 „A.“, die aus
der Sterbefälle in die Parteifälle geflossen sind, hät-
ten den armen Witwen und Waisen in der Zeit der
sozialdemokratischen Agitation gegen die Arbeitslosigkeit
sicherlich ganz besonders dienlich sein können! Es
ist höchst bedauerlich, daß sogar der „Vorwärts“ das
Verfahren der Parteiorganisation gegen die Witwen
und Waisen gebilligt hat! Man wird sich das merken
müssen für die Aufklärung der Arbeiter über die „ar-
beiterfreundliche“ Sozialdemokratie. Eine viel weiter-
reichende Frage steigt aber bei diesen Feststellungen
auf: „Was soll man angesichts dieses Gebahrens denn
nun eigentlich von der vielgerühmten sozialdemokra-
tischen „Volksfürsorge“ erwarten? Schon ist ein Prozeß,
wie die Zeitungen melden, auch hier im Gange. Wenn
die Partei mit Billigung des Zentralorgans deman-
den die Interessen armer Witwen und Waisen behan-
deln kann, so wird allen sozialdemokratischen „Wohlfahrts-
einrichtungen“ gegenüber das schärfste Mißtrauen
am Platze sein! Die Feststellungen im Prozeß Kauerei
ist lediglich wegen formaler Beleidigung zu 100
A. Geldstrafe unter Zustimmung von § 193 (Wahrung
berechtigter Interessen) verurteilt worden. Seine im
Tone als Satire gekennzeichneten Artikel waren einer
Gesellschaft zu nahe gegangen, die politische Gegner un-
fähig behandelt. Bei dem dargelegten Sachverhalt
oder müßte die Sozialdemokratie als die moralisch
Beurteilung und Gefühlsweise den Kampfplatz verlassen.
Auf der einen Seite Arbeiterfreundlichkeit fortwährend
im Munde führen und auf der anderen Seite Geldern,
die armen Arbeiterwitwen und Waisen in schwersten
Stunden über die erste Not weggehen sollen, in den
Parteiorganen zu fressen, das ist ein Verbrechen, das in
den Augen aller anständigen Leute gerichtet ist. —
Beide Teile haben übrigens gegen die Beurteilung
Berufung eingelegt. Der Sozialdemokratie scheint al-
so daran zu liegen, ihr Verhalten in der breitesten
Öffentlichkeit besprochen zu sehen; natürlich wird man
sie darin gern unterstützen.

Provinzielles.

* Bottrop, 12. Dez. Gestern Abend stürzte der 25
Jahre alte Bergmann Jose Korb in betrunkenem Zu-
stande rittlings von der Treppe. Der Tod trat auf der
Stelle ein. Er hinterläßt eine Witwe und zwei Kin-
der.

* Datteln, 12. Dez. Ein Opfer seines Berufs wur-
de auf dem Schacht 3 der Zeche „Emscher-Lippe“ der 39-
jährige Hauer Joswig. Der Knappe wurde bei Koh-
lengewinnung von Gesteinsmassen verflücht und
kam nur als Leiche geborgen werden.

* Buer, 12. Dez. Bei den heute mittag beendigten
Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung siegten
die Kandidaten des Zentrums mit etwa 500 Stimmen
Mehrheit über die Kandidaten der Sozialdemokratie.

* Schwerte, 12. Dez. Ein im Rangdienst be-
schäftigter Eisenbahnarbeiter wurde vom Zuge erfasst
und getötet.

* Jerslohn, 12. Dez. Auf der elektrischen Straßen-
bahn stieß ein zweiter nachfolgender Wagen auf der ab-
schüssigen Strecke in der Obergrüne auf einen halben
besetzten Wagen. Von den Insassen wurden sieben
Personen zum Teil erheblich verletzt. Eine Frau er-
litt einen schweren Schädelbruch, andere bedeutende
Kopfverletzungen und Armverletzungen.

* Dinslaken.
kaum 150 Familien
drei Ehefrauen
lassung ihrer A.
* Köln, 12.
Hr. Beyer u. C.
Reichsminister
Söhne von 11 M.
* Wiesbaden.
Erfinder und F.
von 67 Jahren

Aus

Einen Massen-
Schützenausfall
und mehr wälgte
jähigen Substanz
der Toleranzgebi-
313 bewohnen
große Saal, der
lerie saßen, und
lung des Saal, Z.
zu tun, um all d.
hängigen. Was
müßte leider um
5 1/2 Uhr eröffnen
Langheintzschs
brudersoll durch
von Hr. M.
Schwung vorgetr.
Dann betrat d.
Podium, um in f.
konstantinischen
schienenen herzli-
schluß daran wur-
Gruß laßt erschall-
Darauf trugen er-
schenbüche mit Ord-
„Tu es Petrus“
stand Herr Kapl-
der hochw. Herr
ser aus Köln die
Worte des Pater
ein König? und
Laufe der Jahre
Menschenhand ihr
Königin bewährte
dete Redner in be-
stantins, dabei d.
Hand hineingewie-
in Trier, die Lege-
zeichens Christi, de-
den Untergang des
und den Empfang
schar. Als Kaiser
folgte das Mailän-
sich nach drei Jah-
gungen der Kirche
hundert sahen die
stolze Korle Napole-
Bius der Siebte r.
daten, Sire, kann
fallen lassen. Stel-
tugal, Frankreich,
ist. Und den hl. Pet-
genen. In unserm
Sprache, der Rede,
stützlichen Ideen
schließt man die Jo-
schließt man die T.
Jubiläum 1913 und
Auge schärfer. Tre-
len, aber auch treu
ihrer Freiheit.

Donnerderd. Bei-
Baters und heftigen
Lieb: Der Kirche
Präsident R. i. d. r.
dem hochw. Herrn
vierte dann in beg-
Seligkeit Papst P.
Begeisterung einstim-
ten zwei lebende Bi-
tin und den Trium-
stellt unter der Zeit
Zum Schluß durchbr-
„Großer Gott, wir
Saale.

So hat denn nun
gehört. Es war ein
Kreife der Bevölker-
nes Zeichen der Ein-
schen Glauben Befun-
bleiben!

Schau

Eine große Anza-
de des Mittelstandes
nen Saale des Sch-
Ergebnis des
bes entgegengegen-
nachen Herr Rechts-
zu c. folgenden A.
gerichts (bestehend
Stadtbaumeister Bro-
A. Weyl und A. M.
Jenen das Resultat
men der Preisträger
dann in Kürze die G.
Preisgericht verfuhr.
schäftlichen Zwecken.
welche Waren in dem
fen sind, und zwar a-
gehrensmert. Ein gut
terlich vollendeten
auch drei Eigenschaften
und Schönheit; Klar-
Wahheit im verwen-
Ausführung. Nur d.
Warenausstellung, W-
machung zeigen drei V-
heit und Schönheit g-
stergültig und preisw-

verantwortlich für den allgemeinen Theil: Carl
Stein; für das Geuilleton: H. Lemming; für
den Neflamen- und Anzeigenteil: H. Lemming.
Druck und Verlag: J. & A. Lemming.
Sämmtlich in Bocholt.

**Heute
Letzter Tag!**

Wie ein Blitz

verbreitete sich die Kunde in Bocholt,
daß der überaus spannende Sen-
sationsfilm

**Die Herrin
des Nils**

in 7 Akten

Lichtspiel-Theater

Bocholt, Ravardistr. 41

feinen Eingang hält.

**Ausgezeichnetes Aufführungsrecht
für Bocholt.**

Nach mühevoller Arbeit und ungeheurer Kosten-
aufwand ist es der Direktion des Lichtspiel-
Theaters gelungen, sich dieses Kunstwerk zu sichern.
Dieser Sensationsfilm gelangt **nur noch heute,**

Montag, den 15. Dezember.

zur Vorführung.

Die Herrin des Nils

ist ein Kunstfilm von ebenso gewaltiger Wirkung
wie Quo Vadis! Die Aufnahmen dieses Films
wurden meistens auf historischem Boden in
Ägypten gemacht. Die Handlung spielt um
40 v. Chr.

Die Herrin des Nils

ist ein Kriegsbild allerersten Ranges und führt
uns in die Zeit des alten römischen Weltreiches
wunderbar vor Augen. Derjenige, der den Film

Die Herrin des Nils

kennt, wird einsehen, daß die Direktion keine Sen-
sationshagerei, sondern wahre Dramatik vor
Augen führen will.

Folgende Szenen des Inhalts zeugen von der
Größe und von der spannenden Handlung des
Films:

1. Cleopatra bei der Geisterseherin. 2. Der be-
siegte Sieger. 3. Marc Anton verliert seine
Gattin Ottavia. 4. Cleopatra u. Ottavia. 5. Marc
Anton an Cleopatras Seite seine Vaterstadt.
6. Marc Anton weist die Gefandten Roms zurück.
7. Der Senat erklärt Marc Anton den Krieg.
8. Die römischen Vortruppen stehen in See. 9. Die
ersten römischen Schiffe landen in Ägypten.
10. Cleopatra tanzt vor Marc Anton. 11. Die
Römer nähern sich Alexandrien. 12. Vorbereitungen
zum Sturm auf Alexandrien. 13. Ein Teil der
Einwohner verläßt das brennende Alexandrien.
14. Cleopatras Tod. 15. Der Triumphzug Ottavians.

In wunderbarer Weise ist der Tanz der
Cleopatra vor Marc Anton und das Schauspiel
des brennenden Alexandriens dargestellt. Auch bei
diesem Film sind die Eintrittspreise etwas erhöht
und zwar:

Spreissitz 1.50 Mk.

I. Platz 1.00 Mk.

II. Platz 0.80 Mk.

III. Platz 0.40 Mk.

Vorstellungen beginnen am Montag: Die erste
Vorstellung um 8, Kassenöffnung 2 Uhr. Die
zweite Vorstellung 6, Kassenöffnung 5 Uhr. Die
dritte Vorstellung 9, Kassenöffnung 8 Uhr.

**Benutzen Sie bitte das Andrange
wegen der Nachmittags-Vorstellung.**

Dieses gewaltige Schauspiel hat eine Vorführungs-
dauer von ca. 3 Stunden und ist mit Quo Vadis
der größte Sensationsfilm der Welt.

**Die Herstellung dieses Kunstfilms hat
Millionen verschlungen.**



Todes-Anzeige.

Dem lieben Gott hat es gefallen heute
morgen 11 1/2 Uhr unsere gute, sorgsame
Tante und Schwiegerin

Wwe. Heinrich Lensing

Sophie geb. Hüning

im 80. Lebensjahre, wohl vorbereitet durch
den öfteren Empfang der hl. Sakramente zu
sich in die Ewigkeit zu rufen.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges
Gebet für die Verstorbene bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Spork, Barlo, Bocholt und Chikago
(Amerika) den 13. Dezember 1913.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Dienstag
morgen 8 1/2 Uhr in der St. Georgskirche, darauf
die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlichst
eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten
haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Heute letzter Tag der

Rabatt-Auszahlung.

Bis heute noch zur Verrechnung geb. acht Bons müssen bis zur
nächsten Rabatt-Auszahlung aufbewahrt werden.

Braun's Importhaus, Osterstraße 10.

Riepenhoff's Delikatessen-Haus.

Zu dem bevorstehenden

Weihnachts- und Neujahrsfest

empfehle:

Ia. Ia. Mahersche Gänse (Alleinverkauf).

Auf Wunsch geschachtet.

**Ia. Gasermaße = Gänse, Puter, Poularden
Enten, Rehten, Capaunen, Suppen- und
Ragout-Gühner etc. etc.**

Bitte Bestellungen bis zum 18. Dezember, weil
sonst für Lieferung nicht garantieren kann.

Ostermarkt 41.

Eng. Riepenhoff.



Reparaturen

an
Bed.-Uhren,
Regulateur-Uhren,
Rücken-Uhren,
Taschen-Uhren

sowie an

Brillen, Goldwaren

gut und billig unter Garantie.

A. Bauhaus,

Uhrmacher und Goldarbeiter.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Lebensrente bei der

Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:
bei Eintrittsalter (Jahre): 50 55 60 65 70 75

jährlich % der Einlage 7.248 8.244 9.612 11.496 14.061 18.120

Bei läng. Aufschub d. Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.
Frauen erhalten wegen ihrer läng. Lebensdauer weniger

Aktiva Ende 1912: 124 Millionen Mark.

Prospekte und sonstige Auskunft durch: **Heinrich**

Laake, Bocholt, Kolonialwarenhändler.

Eine schöne

Wohnung

mit Stallung und Garten am
Ravarditor zum 1. Januar oder
später zu vermieten oder zu ver-
kaufen.

Näh. in der Erp. d. St. Pl.

Eine

Oberwohnung

von 8 Räumen nebst Keller und
Bodenraum ist zum 1. Januar
oder später zu vermieten.

Näheres Kurfürstenstraße 640,
Nähe Windmühle

**Bilder- und Erzählungsbücher,
Unterhaltungsspiele für Jung und Alt,
Lederwaren, als:**

Portemonnaies, Brieftaschen.

Schreibmappen f. Damen u. Herren.

Postkarten- u. Photographie-

albums, Briefpapier in

hochmoderner

Ausstattung.

Krippen und Krippenfiguren
Tadellose Ausführung!

**Christbaum-
schmuck**

In großer Auswahl

Lichthalter und Baumkerzen

empfiehlt

Wwe. J. Valk,

Nobelstr. 7.

**Ein tüchtiger
Zeitungsbote**

gesucht.

J. & H. Temming.

Bis Weihnachten ge-
währe auf

famliche Konfektion

10 Prozent

Rabatt.



**paletots und Ueber-
zieher - empfiehlt billigt
JOH. B. FISHER**

Elisabeth-Verein

Heute, Montag von 8-6 Uhr:

Nähsunde.

Monatliche Zusammenkunft der

Mitglieder des Vereins.

Ein großer

Lagerraum

mit Kontor, an der Kaiserstraße

gelegen, ist zu vermieten.

Anfragen unter P. 3. an die

Erp. d. St. Pl. erbeten.

Solide Bank gibt an reelle Lau-

den, jod. Standes, gegen

Sicherheiten jegl. Art, Darlehen.

Streng reell.

F. A. Schmitz, Bremen.

Mon. Auszahl. ca. 30000 Mk. Rückzahl.

Kalb. Gesellen-Verein

Bocholt.

Montag, den 15. Dez.,

8 1/2 Uhr:

Relationsvortrag.

Ein großer

Lagerraum

mit Kontor, an der Kaiserstraße

gelegen, ist zu vermieten.

Anfragen unter P. 3. an die

Erp. d. St. Pl. erbeten.

Solide Bank gibt an reelle Lau-

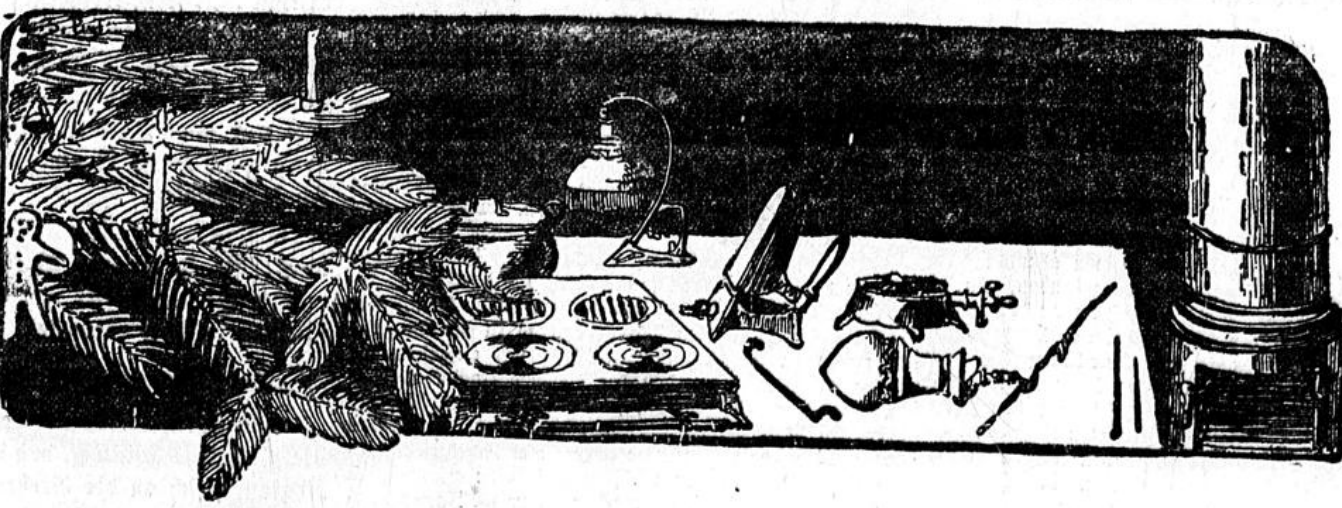
den, jod. Standes, gegen

Sicherheiten jegl. Art, Darlehen.

Streng reell.

F. A. Schmitz, Bremen.

Mon. Auszahl. ca. 30000 Mk. Rückzahl.



Die Weihnachtsfreude wird erhöht

durch Geschenke, die im Haushalt unentbehrlich und daher von bleibendem Werte sind. Versäumen
Sie deshalb nicht, **auch für Geschenkzwecke den modernen Gassparaten Ihre
Aufmerksamkeit zu schenken**, die neben praktischer Verwendbarkeit auch eine entsprechende
äußere Aufmachung haben und in **den einschlägigen Geschäften in großer Auswahl**
erhältlich sind.

B

durch unsere
50 Bfg. von d.
jährlich 1/2 l.
ins Haus gebr.
täglich auschl.
Geschäfts-
straße 27
Bocholt, 3.
See Erum

42.

Nr. 291

**Zum Prob-
lofen**

Unter den wenige
den ersten Tagungs-
Weihnachtsferien be-
ausgeprägter Bepred-
lichteit und Arbeitslo-
Parteitag der Sozial-
frage berührt worde-
den Verdacht auskom-
hier es ohne partei-
gehen könne. Der
Reichstag, der im w-
Schaffung einer Reie-
te, dürfte eine Folge-
gungen gewesen sein.
lichteit augenblicklich
te, wie es von der So-
kauscht wird, so ist d-
daß eine solche sich he-
Dieser Umstand sowie
senproblem aktuell be-
auf die Dauer einer
rechtfertigt es, wenn
gen Sähen noch zurück-
Wichtig ist dabei a-
regierung, wie sie den
des Innern, Dr. Tesch-
biefelche eine obligato-
grundtätlichen und p-
auch vor allem aus 3-
müßten sich Handel,
Landwirtschaft erst ei-
Reichsverfassungsord-
derung abfinden, ehe
durch die Arbeitslosen-
gegen feste von Reichs-
dgt werden um ein-
Reichs zu ermögli-
beitsnachweise verbe-
bestante der Redner
Giesberts, daß auch d-
auf die Dauer nicht a-
daß die natürlichen d-
dieser Frage - mehr
anderen - zusammen-
ten, die Hände in den
wies er auf die Behan-
dem dritten deutschen
gref, der gerade einige

Sanna

Roman von S.

25
„Aber Sie nehmen d-
wie soll ich da ausm-
„Sehr einfach -
Zimmer nimmt.“
„Das darf ich nicht
„Wer verbietet es
„Tante Rhine.“
„Dann gehe aus u-
„Das darf ich auch
„Darfst Du nicht?
„Nun ja - ich mu-
servieren.“
Räte sprang plögl-
zeit vor Sanna hin.
„Das eine „darfst D-
Du! Rindchen - mir
lanft unter Tante Rh-
geht so nicht weiter
mich Werner nicht zu-
hen Du, mach Di- doc-
Sanne die Herrin bist
Sie Dir unsympathische
Du ein Recht. Dir das
Stens zu verbieten.
zwingen, die Gefährd-
„Ach - das würde
hohen.“
Räte lachte hell auf.
„Nun - mit dem g-
geschickt? Nun laß
meine kleine Sanna.
he und Bestimmtheit,
ich find, und daß Du
denswürdig bezeugen
See auf Deinem Zimm-
Sanna hob erschrock-